

1. Einige Bemerkungen zum Sozialstaat und zur Sozialpolitik

1.1. Allgemeines/ Grundlagen

- Im Grundgesetz keine nähere Bestimmung zur **Ausprägung des Sozialstaates**
- Ausgestaltung/ Konkretisierung ist Sache der jeweiligen Regierung
- => aber: Unzulässigkeit einer **unsozialen Gesetzgebung**
- Realisierung der sozialen Schutzfunktion durch den Staat: *Grundsicherung für Arbeitssuchende und Sozialhilfe*
- **System der Sozialen Sicherung:** Kranken-, Unfall-, Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung (seit 1995)
- Drei Kernprinzipien der Sozialen Sicherungssysteme: Versicherung, Fürsorge, Versorgung

1.2. Der Ausbau des Sozialstaates während der 1.Großen Koalition

- Beitragssatz zur Sozialversicherung 1965: 24%
- 1966: Novellierung des Art 20 I GG durch Einführung der Formulierung *sozialer Bundesstaat*
- Entwicklung der Sozialpolitik der 1.Großen Koalition:
 - 1.Phase 1966-1968: Festhalten an Erhardschen Versprechen
 - => Probleme: Unübersichtlichkeit der Staatsausgaben und Finanzierungsprobleme, anhaltende Wirtschaftsflaute und Anstieg der Arbeitslosigkeit
 - Jedoch sollten die sozialen Leistungen weiterhin im Vordergrund stehen
 - => Aber auch erste Probleme der zukünftigen Rentenentwicklung zeichneten sich ab: Anhebung des Rentenbeitrags von 14% auf 15% (1967)
 - 2.Phase 1968-1969: Im Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwungs
 - => Ausgaben für soziale Leistungen wurden drastisch erhöht: von 10 Mrd. DM in 1949 auf 90 Mrd. in 1968
 - => Zahlreiche sozialpolitische Gesetzesvorlagen werden verabschiedet, u.a.: Arbeitsförderungsgesetz, Berufsbildungsgesetz (u.a. auch BAFÖG), 3. Rentenversicherungs-Änderungsgesetz (Anhebung des Beitrags in drei Etappen auf 18% bis 1973), Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (dadurch Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten)
- Ausrichtung des Sozialstaates im Sinne eines standardisierten Mindestbedarfs (-> **Bedarfsgerechtigkeit**)
- Endgültige Überwindung des *Fürsorgecharakters* der Sozialpolitik:
 - => Sozialpolitik als ganzheitliche Gesellschaftspolitik

1.3. Die Entwicklungen und Probleme des Sozialstaates heute

- Beitragssatz zur Sozialversicherung 2004: 43% (2008: ca. 40%, soll dauerhaft nicht über 40% steigen)
- Probleme durch Abnahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse seit 1991 und durch den demographischen Faktor -> führt zu Finanzierungsschwierigkeiten der sozialen Sicherungssysteme
- Frage nach der künftigen Finanzierung: Streitthema Individual- oder Versicherungsprinzip? Hinwendung zu einer *aktivierenden Sozialpolitik*?

2. Die Arbeitsmarktentwicklung und -politik der 1. Großen Koalition

- Arbeitslosigkeit 1967: ca. 670.000 Arbeitslose und 340.000 in Kurzarbeit
- Wichtigste Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen:
 - ⇒ Stabilitätsgesetz (1967): Zielsetzung hoher Beschäftigungsstand
 - ⇒ Umstrukturierungen im Steinkohlebergbau („Gesund schrumpfen“) (1967)
 - ⇒ Arbeitsförderungsgesetz (1969)
 - ⇒ Förderung von Industrieansiedlungen in ländlichen Gebieten

3. Die Wirtschaftspolitik der 1. Großen Koalition

Nachfrageorientierte Politik nach Keynes unter Wirtschaftsminister Karl Schiller:

Konzertierte Aktion

- Gremium, das sich aus Vertretern des Staates, der Arbeitgeber, der Gewerkschaften, des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Deutschen Bundesbank zusammensetzte
- Einigung, dass sich alle Wirtschaftsgruppen an die von der Bundesregierung vorgegebenen Daten an Investitions-, Gewinn- und Lohnleitlinien zu orientieren haben
 - ⇒ Dadurch sollte das **wirtschaftspolitische Verhalten der Beteiligten aufeinander abgestimmt** werden

Gesetz zur Förderung von Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft

- Bund und Länder müssen bei wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts beachten
- Sie sollen gleichzeitig zur **Stabilität des Preisniveaus**, zu einem **hohen Beschäftigungsstand** und **außerwirtschaftlichen Gleichgewicht** bei stetigem und **angemessenem Wirtschaftswachstum** beitragen.
 - ⇒ Die Bundesregierung darf im Falle der Gefährdung eines der Ziele Orientierungsdaten für ein gleichzeitig aufeinander abgestimmtes Verhalten der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften, Unternehmen zur Erreichung der Ziele stellen.
- Bei Abschwächung der Wirtschaft kann der Finanzminister **Kredite bis zu fünf Milliarden DM** aufnehmen.
- Bundesregierung soll in einem **Jahresbericht** ihre wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele darlegen.
- **Heute: Magisches Sechseck** mit den zusätzlichen Zielen **Umweltpolitik** und **gleichmäßige Einkommens- und Vermögensverteilung**

Bilanz

- Die **Rezession als psychologisches Problem** konnte mit der Konzertierten Aktion überwunden werden
- Die Arbeitslosigkeit lag 1969 bei 243.000 Erwerbslosen, bei einem Wachstum von 8,5%
- Die Konjunktur war mit dem zweiten Investitionsprogramm heißgelaufen -> statt 1967 weiter zu investieren, hätte die Bundesregierung die Konjunktur bremsen müssen
- 1972 kam es erneut zu einem Konjunkturéinbruch.

4. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu Beginn der 2. Großen Koalition

- **Massenarbeitslosigkeit:**
 - > Anfang 2005: 5,1 Millionen Arbeitslose
 - > Dezember 2007: 3,4 Millionen
- **Ursache 1:** EU-Erweiterung
 - > Lohndumping durch osteuropäische Arbeitnehmer
 - > Arbeitsplätze werden in Niedriglohnländer verlagert
- **Ursache 2:** Beschäftigungsproblematik im Zuge der Wiedervereinigung
- **Ursache 3:** Globalisierung
 - > weltweiter Wettbewerb zwingt Unternehmen zur Kostenreduktion => Stellenabbau (kann aber auch Resultat von Gewinnmaximierungsstreben sein)
- **marode Sozialsysteme**
 - > Rückgang versicherungspflichtiger Beschäftigungsformen
 - > Bezahlung von Nichtarbeit („Frühverrentung“)

5. Die Arbeitsmarktpolitik der 2. Großen Koalition

Arbeitsminister der Koalition: Olaf Scholz (SPD), bis November 2007: Franz Müntefering (SPD)

Ziele der Koalition im Bereich „Arbeit“:

1. Senkung der Arbeitslosigkeit
2. Sanierung der maroden Sozialsysteme
3. Soziale Absicherung

Programm:

a) Senkung der Arbeitslosigkeit und Sanierung der maroden Sozialsysteme

- 1.) Verbesserung der **Arbeitsvermittlung**
 - => Zahl der Personal-Service-Agenturen soll verringert werden
 - 2.) Kürzung der **Bezugsdauer von Arbeitslosengeld** auf max. 12 Monate
 - 3.) Förderung der **Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt**
 - ⇒ Mittel: Kombilohn
 - ⇒ Hauptzielgruppe der Maßnahmen: Jugendliche und ältere Arbeitslose, Langzeit-arbeitslose in strukturschwachen Regionen
 - 4.) Lockerung des **Kündigungsschutzes** => Probezeit von 24 Monaten möglich
 - 5.) Senkung der **Lohnnebenkosten** durch Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2008 von 4,2% auf 3,3% => finanziert durch Mehrwertsteuererhöhung => v. a. psychologischer Effekt!
 - 6.) „Aufbesserung“ der **Arbeitslosenstatistik**
 - ⇒ Menschen in Maßnahmen, Ein-Euro-Jobs, Langzeitarbeitslose ab 58 Jahren und „Aufstocker“ fallen aus der Statistik raus
- ⇒ Nahezu alle Maßnahmen sind **angebotsorientiert**

b) Soziale Absicherung

- 1.) **Grundsicherung** für Arbeitssuchende bleibt bestehen
- 2.) „**Ein-Euro-Jobs**“ für Langzeitarbeitslose ab 58 Jahren bleiben bestehen
- 3.) **Arbeitnehmer ab 50 Jahren** sollen im Falle der Arbeitslosigkeit **länger Anspruch auf ALGI** haben (max. 2 Jahre) => psychologischer Effekt: entspricht dem Gerechtigkeitsempfinden

- 4.) Ermöglichung **tarifvertraglicher Mindestlöhne** => Streit in der Koalition: Schutz vor Lohndumping oder „Jobvernichter“?
- 5.) **Beteiligung von Arbeitnehmern an den Kapitalerträgen** ihrer Unternehmen
=> psychologischer Effekt: entspricht dem Gerechtigkeitsempfinden

Fazit:

- Es waren noch nie so viele Menschen erwerbstätig wie heute (über 40 Mio. Menschen)
- Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit
- ⇒ In welchem Maße die Gesetzesänderungen (Hartz-Reformen) dazu beigetragen haben, lässt sich aber kaum nachweisen
- ⇒ **Nationale Beschäftigungspolitik ist nur noch bedingt umsetzbar** => Einer nachfrageorientierten Konjunkturpolitik sind Schranken gesetzt, u.a. durch den EU-weiten **Stabilitätspakt** => Barriere für Staatsausgaben zur Arbeitsbeschaffung („deficit spending“)
- ⇒ Sozialer Ausgleich durch „beruhigende Sozialpolitik“

6. Die Rentenpolitik der 1. Großen Koalition

- seit 1957: System der **umlagefinanzierten bruttolohnbezogenen dynamischen Altersrente**
=> Beiträge der Einzahler werden *direkt* als Rente an die Empfänger ausbezahlt
=> Höhe der Rente richtet sich dabei nach dem Bruttolohn während der Erwerbstätigkeit
=> Rentenanpassungen orientieren sich an der durchschnittlichen Entwicklung der Bruttolöhne
→ Probleme durch **starke Abhängigkeit von der Konjunkturentwicklung und der Alterstruktur** der Bevölkerung
- Durchschnittliche jährliche Steigerung der Renten um 6 – 8% bei festem Beitragssatz von 14% des Lohns
- Nach fast 10 Jahren Wirtschaftswunderboom: Einbruch der Konjunktur, Anstieg der Arbeitslosigkeit und strukturelles Defizit des Bundeshaushaltes
→ **Problemen in der Finanzierung** der Rentenversicherungsträger
- Sommer 1967: **Rentenbeitrag** soll jährlich um 1% bis 1970 auf 17% **erhöht** werden
=> Rentner, die bisher kostenlos krankenversichert waren, sollen einen Beitrag von 4% Beitrag zur Krankenversicherung leisten
=> System der Bruttolohnbezogenheit soll umgestellt werden, um jährliche Erhöhungen der Renten zu beschränken
=> Bundeszuschuss an Rentenversicherungsträger soll zur Haushaltskonsolidierung einbehalten werden
→ **Widerstand der mächtigen Sozialpolitiker „Sopos“ beider Koalitionsparteien** gegen diese Forderungen

Fazit:

- Im Vergleich zu anderen Ressorts wurde die **Sozialpolitik zur Haushaltssanierung kaum herangezogen**
- Vielmehr lag der **Fokus auf dem Erhalt und Ausbau** des bisher erreichten.

7. Rentenreform der 2. Großen Koalition:

- Durch demographischen Wandel wird Bevölkerungsstruktur verändert

- gesetzliche Rentenversicherung ist die bedeutendste Säule
- betriebliche und private Formen der Alterssicherung sind noch unterentwickelt

Reformbemühungen:

- Riester und Rürup-Rente
- Rürup Kommission macht Vorschläge:
 - ⇒ Renteneintrittsalter von 65 Jahren auf 67 Jahre erhöhen, allerdings dürfen keine Ausnahmen zwischen Personen gemacht werden
 - ⇒ Formel, nach der Rentenanpassung berechnet wird, soll um Nachhaltigkeitsfaktor ergänzt werden
 - ⇒ Private Vorsorge soll weiter verbreitet werden
 - ⇒ 3 Jahre früher Rentenbezug weiterhin möglich, allerdings unter 0,3% Abzügen pro Monat

Aktuelle Reformen der Großen Koalition:

- Große Koalition orientierte sich an Reform von rot-grüner Regierung
- gesetzliches Renteneintrittsalter von 65 Jahren auf 67 Jahre soll schrittweise angehoben werden
- Wer mindestens 45 Jahre Beiträge in die Rentenversicherung eingezahlt hat, besitzt mit dem 65. Lebensjahr den vollen Rentenanspruch
- Weiterhin besteht die Möglichkeit drei Jahre früher in Rente gehen zu können, allerdings mit Abschlägen
- für Riester Sparer wird für Neugeborene ab dem 1.1.2008 die Kinderzulage erhöht
- Rentenbeitragssatz wurde um 0,4 Prozentpunkte von 19,5 auf 19,9 Prozent angehoben

Quellen:

Hans-Hermann Hartwich, „Arbeitsmarktreformen“ in der Agenda der neuen Bundesregierung. In: Sturm/Pehle, Wege aus der Krise?, Opladen 2006.

Matthias Hochstätter, Karl Schiller: Eine wirtschaftspolitische Biographie. => <http://www.urn:nbn:de:gbv:089-5103312979> (13.01.2008).

Ulrike Meyer-Timpe, Die Abschieber. In: DIE ZEIT, 6. Dezember 2007, S. 32.

Elisabeth Niejahr, Ein bisschen mehr Gleichheit. In: DIE ZEIT, 3. Januar 2008, S. 27.

Elisabeth Niejahr, Barbara Nothegger, Arne Storn, Lohn der Angst. In: DIE ZEIT, 6. Dezember 2007, S. 33.

Kolja Rudzio, Was bringt Hartz IV? In: DIE ZEIT, 13. Dezember 2007, S. 23f.

Kolja Rudzio, Ungewöhnlicher Aufschwung. In: DIE ZEIT, 13. Dezember 2007, S. 24.

Josef Schmid, Rentenreform: Überlebt der Wohlfahrtsstaat? In: Sturm/ Pehle, Wege aus der Krise?, Opladen 2006.

Reinhard Schmoeckel, Eine umfangreiche Ernte. Langfristige Leistungen der Großen Koalition in der Sozialpolitik. In: Reinhard Schmoeckel und Bruno Kaiser, Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966-1969 und ihre langfristigen Wirkungen, Bonn 2001.

Hans-Henning Zencke, Koalition im Wandel der Konjunktur. Wirtschaftspolitik im Zeichen der schwarz-roten Koalition. In: Alois Rummel (Hrsg.), Die Große Koalition 1966-1969. Eine kritische Bestandsaufnahme, Freudenstadt 1969.

<http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000000/html/start/schaubilder.shtml>

http://doku.iab.de/chronik/31/2007_12_17_31_kommunalkombi.pdf

<http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Reformprojekte/WachstumBeschaeftigung/wachstum-beschaefigung.html>

http://koalitionsvertrag.spd.de/servlet/PB/show/1645854/111105_Koalitionsvertrag.pdf

<http://www.tarif-rechner24.de/rentenreform.html>

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,468769,00.html>

http://www.welt.de/wirtschaft/article1509424/Ruerup_fordert_staatliche_Mindestrente.html

http://www.welt.de/wirtschaft/article752743/Was_das_neue_Rentengesetz_bedeutet.html → Rentenreform aktuell

http://www.welt.de/print-welt/article91923/Regierung_hebt_Rentenbeitrag_auf_199_Prozent_an.html → Rentenbeitragssatz

http://www.welt.de/welt_print/article756703/Die_Rente_mit_67_kommt_Alle_Antworten_auf_die_draengendsten_Fragen.html

